

## Für die starke Mitte

Agenda 2009 – 2013

## Vorwort

Schuld an der weltweiten Finanzkrise trägt nicht die Soziale Marktwirtschaft. Verantwortlich sind fehlgesteuerter Kapitalismus, Staats- und Regulierungsversagen. Die Krise zeigt den Übergang von der Globalisierung zur Globalität. Der Finanzgipfel der G20 signalisiert das Ende von G8.

Anders als linke Ideologen behaupten, liegt die Zukunft nicht im Sozialismus – dieser ist vor zwanzig Jahren gescheitert. Vielmehr gilt es jetzt, die Wirtschaftsordnung Ludwig Erhards in ganz Europa durchzusetzen und den Finanzmärkten eine neue Architektur zu geben. Dabei ist Augenmaß gefragt. Zugleich wird von Unternehmern und Managern mehr Mitverantwortung erwartet: Ermutigung statt Krisenverschärfung durch Schwarzmalerei.

In außergewöhnlich schwierigen Zeiten wie der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise müssen außergewöhnliche Maßnahmen ergriffen werden. Der Wirtschaftsrat hält folgende kurzfristige Schritte für unerlässlich, um den drohenden Abschwung so weit wie möglich abzufedern:

- Umgehende Entlastung unserer Leistungsträger der Mitte bei der Einkommensteuer zur Stärkung der Kaufkraft.
- Zeitlich begrenzte Halbierung des Mehrwertsteuersatzes für energieeffiziente und klimafreundliche Produkte.

- Wirksames Investitionsbeschleunigungsprogramm zur Verkürzung von Verwaltungs- und Genehmigungsverfahren, damit die bei den Unternehmen bereitliegenden Mittel endlich abgerufen werden können.
- Abschluss verbindlicher internationaler Klimavereinbarungen, bevor der EU-Emissionshandel für energieintensive Unternehmen eingeführt wird.

Das Rückgrat einer freien Gesellschaft ist ein starker Mittelstand. Dieser wurde in den vergangenen Jahren schwer gebeutelt. Deswegen brauchen wir zusätzlich zu den kurzfristigen Maßnahmen grundlegende Reformen für einen nachhaltigen Wachstumskurs. Hierfür hat der Wirtschaftsrat das folgende Zehn-Punkte-Programm entwickelt.



**Prof. Dr. Kurt J. Lauk MdEP**  
Präsident



**Hans Jochen Henke**  
Generalsekretär

## 1. Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft stärken – Lehren aus der Finanzkrise ziehen

Wirtschaft ist kein Selbstzweck, sie hat letztlich den Menschen zu dienen. Dieses Selbstverständnis der Sozialen Marktwirtschaft muss vor dem Hintergrund der Finanzkrise gestärkt werden. Den Prinzipien des Ehrbaren Kaufmannes – Ehrlichkeit, Verantwortungsbereitschaft, Anstand und Nachhaltigkeit – ist national wie weltweit wieder Geltung zu verschaffen.

### **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Weiterentwicklung eines internationalen Kodexes für verantwortungsvolles Management.
- Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht in den Händen der Europäischen Zentralbank.
- Unterlegung von Finanzprodukten mit einem soliden Eigenkapitalanteil und Verpflichtung der Rating-Agenturen, Unsicherheiten und Interessenkonflikte in ihrem Geschäftsmodell offen zu legen.
- Größtmögliche Transparenz für die Bankenaufsicht durch Handel von Finanzprodukten an der Börse und Offenlegung jeder Transaktion unmittelbar zwischen Banken.
- Mehr Unabhängigkeit, Professionalität und Transparenz für die Aufsichtsräte.
- Orientierung der Bonuszahlungen an langfristigen Erfolgen statt an kurzfristigen Gewinnen.

## 2. Steuergesetze vereinfachen – Mittelschicht entlasten

Eine bürgerliche Regierung muss endlich das Versprechen einlösen, eine durchgreifende Steuerreform zu beschließen. Niedrigere Steuersätze und einfache, verständliche Regeln beflügeln die Konjunktur, stärken die Binnennachfrage und spülen Geld in die Staatskasse. Eine solche Reform finanziert sich in wesentlichen Teilen selbst.

## **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Abschaffung der kalten Progression und des „Mittelstandsbauchs“, damit sich Leistung wirklich lohnt und auch Facharbeiter wieder etwas von Lohnerhöhungen haben. Der Bundesfinanzminister darf nicht länger hauptsächlicher Profiteur von Tarifabschlüssen sein.
- Die Erbschaftsteuer passt weder in die Zeit noch in die Landschaft. Unsere Nachbarn Schweiz und Österreich sowie Schweden in sozialdemokratischer Regierungszeit haben sie abgeschafft. Auch hier gilt es, europaweit Wettbewerbs- und Chancengleichheit herzustellen.
- Das Ende für die Gewerbesteuer, ein deutsches Unikum. Stattdessen brauchen die Kommunen das Recht, eigene Hebesätze bei Einkommen- und Körperschaftsteuer zu beschließen.

### **3. Geordnete Staatsfinanzen haben oberste Priorität – sie allein eröffnen neue Spielräume für Zukunftsaufgaben**

Stabile und zukunftsfeste Staatsfinanzen schaffen Vertrauen. Sie sind auch ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber nachfolgenden Generationen. Ebenso wie in Privathaushalten muss für den Staat prinzipiell gelten, dass auf Dauer nicht mehr ausgegeben wird, als zuvor eingenommen wurde.

## **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Einen ausgeglichenen Staatshaushalt im Konjunkturzyklus. Voraussetzung dafür ist eine gesetzlich verankerte Schuldenbremse für Bund und Länder.
- Schnellstmögliche Verwendung zusätzlicher Steuereinnahmen für den Einstieg in die Altschuldentilgung.
- Die Stärkung der Autonomie der Länder für ihre Einnahmen und Ausgaben.
- Ein ehrliches Benchmarking in Bund, Ländern und Kommunen. Transparenz und Effizienz staatlicher Leistungen sollten so auf den Prüfstand gestellt werden.

- Die Fortsetzung der Privatisierung bislang staatlicher Aufgaben, wo immer das möglich ist. Parallel sind partnerschaftliche Kooperationen (PPP) zu optimieren.
- Die Verbesserung eines lohnenden – auch steuerlichen – Wettbewerbs zwischen den Ländern durch eine Föderalismuskommission III.

#### **4. Bewegung in den Arbeitsmarkt bringen – mehr Chancen durch Flexibilität**

Das starre und komplizierte Arbeitsrecht belastet Arbeitgeber und vor allem Arbeitnehmer, die einen Job suchen. Wären die Regeln flexibel und der realen Arbeitswelt angepasst, fänden mehr Menschen Arbeit. Ein brachliegendes Potenzial für Wachstum und Wohlstand würde aktiviert.

##### **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Flexibilisierung der Einstellungsbremse Kündigungsschutz. Wir brauchen die Option, eine vorab festgelegte Abfindung für den Fall der Kündigung zu vereinbaren (Optionsmodell).
- Schaffung eines einheitlichen Arbeitsgesetzbuches mit dem Ziel, Transparenz und Effizienz zu verbessern.
- Senkung der Sozialabgaben auf deutlich unter 40 Prozent.
- Stärkung der Tarifautonomie durch Klauseln für mehr betriebliche Vereinbarungen.
- Statt eines Mindestlohns, der nur Arbeitsplätze vernichtet, ein Kombi-Einkommen aus Marktlohn und staatlichem Zuschuss.

## 5. Weg mit der Staatswirtschaft im Gesundheitswesen – hin zur Wettbewerbsmedizin

Unter der derzeitigen Gesundheitspolitik leiden Ärzte ebenso wie Patienten und gesunde Beitragszahler. Es mangelt an Wettbewerb zwischen den Leistungsanbietern, der Trend zur Staatsmedizin mit Einheitsbeitrag und Einheitskasse verstärkt sich. Der „Gesundheitsfonds“ treibt Bürokratie in die Höhe und zementiert unwirtschaftliche Strukturen.

### **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Stufenweiser Umbau des Gesundheitsfonds ohne ideologische Scheuklappen zu einem Wettbewerbsmodell.
- Abkoppelung der Gesundheits- und Pflegekosten vom Beschäftigungsverhältnis.
- Faire Wettbewerbsbedingungen zwischen gesetzlichen und privaten Versicherern.
- Einführung von Kapitaldeckung in der Gesetzlichen Krankenversicherung.
- Abbau der Überregulierungen bei Krankenhäusern und Apotheken.

## 6. Sichere und preiswerte Energie – Schicksalsfrage für Deutschland

Deutschland als führendes Industrieland wartet immer noch auf ein geschlossenes Energiekonzept. Dies ist ein nicht verantwortbares Risiko für den Standort angesichts der zunehmend unsicheren Lage in wichtigen Lieferländern von Öl und Gas. Die immer größer werdende Energiekostenüberlast aufgrund staatlicher Maßnahmen kann nur durch ein verlässliches Moratorium gestoppt werden.

### **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Ausbau eines CO<sub>2</sub>-freien Energiemixes einschließlich der Kernenergie.
- Abbau der Übersubventionierung von Erneuerbaren Energien. Sie verzerrt den Wettbewerb und treibt die Strompreise für alle über Gebühr nach oben.
- Beseitigung der Investitionshemmnisse bei Kraftwerksneubauten und der Modernisierung von Stromnetzen.
- Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Energieerzeugung und keine neuen Belastungen des produzierenden Gewerbes beim EU-Emissionshandel.
- Schnellstmögliche Durchbrechung der politischen Blockade in der Endlagerfrage.

## **7. Umweltpolitik und Wettbewerbsfähigkeit – internationale Klimavereinbarungen umsetzen**

Die drohenden Klimaveränderungen machen den Umweltschutz zu einem globalen Gebot. Nur weltweit verbindliche Vereinbarungen führen zum Erfolg. Einseitige Auflagen für die deutsche Industrie dürfen nicht zu einem Wettbewerbsnachteil auf den internationalen Märkten führen.

### **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Verabschiedung eines transparenten und schlanken Umweltgesetzbuches.
- International verbindliche Klimaschutzvereinbarungen, die andere Industrieländer und Schwellenländer wie Indien und China einschließen.
- Sicherstellung eines fairen Wettbewerbs in der Ver- und Entsorgungswirtschaft sowie Verhinderung der Rückverstaatlichung.
- Ausschöpfung der hohen Einsparpotenziale bei der energetischen Gebäudesanierung.

## 8. Bildungspolitik – Schlüssel zum Aufstieg

Jährlich verlassen 80.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss, jeder dritte Studierende bricht sein Studium ab und jeder vierte Schulabgänger kann nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Dies ist ein bildungspolitischer Skandal und eine Vergeudung von Kreativpotenzial zugleich. Bildung ist allerdings keine alleinige Bringschuld des Staates. Es gibt auch die staatsbürgerliche Pflicht, die Angebote zu nutzen.

### **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Erhalt eines mehrgliedrigen Schulsystems für mehr Vielfalt, Autonomie und Wettbewerb statt staatlicher Bevormundung.
- Ausschließliche Nutzung der finanziellen Mittel, die die demographische Entwicklung freisetzt, für Qualitätssteigerungen im Bildungssystem.
- Stärkung der Leistungsanreize statt starrer Beamtenvergütungen und folgenloser Schlechtleistungen.
- Einführung von Studiengebühren in enger Verbindung mit einem fairen Darlehenssystem.

## 9. Innovationsstandort stärken – Spitzenleistungen fördern

Als rohstoffarmes Land ist der Industriestandort Deutschland auf Forschung und Innovation angewiesen. Nur damit kann der Wohlstand gewahrt werden. Den Anschub neuer Technologien zu fördern und andererseits ideologische Investitionsblockaden wie in der Gen- oder Biotechnologie aufzuheben, hat für ein Exportland wie Deutschland herausragende Bedeutung.

### **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Anhebung der Investitionen für Forschung und Entwicklung auf vier Prozent des BIP bis 2015.

- Stärkung der Innovationsverbünde von Wissenschaft und Wirtschaft durch Ausbau wettbewerbsorientierter Clusterförderung.
- Erleichterung des Zugangs zu Risikokapital für den Mittelstand. Internationale Standards sind die Messlatte.
- Beseitigung der Beschränkungen in der Bio- und Gentechnik sowie in der Pharma- und Stammzellforschung.
- Anschubhilfen, um deutsche Forschungsergebnisse in marktgerechte Produkte umzusetzen.

## **10. Infrastruktur stärken – Mobilitätsstau auflösen**

Eine überbordende Bürokratie gepaart mit überzogenen Genehmigungsverfahren lähmt wichtige Infrastrukturvorhaben. Die aber sind gerade angesichts des sich abzeichnenden Konjunkturabschwungs als Wachstumsmotoren dringend notwendig.

### **Deshalb fordert der Wirtschaftsrat:**

- Ein Investitions-Beschleunigungsprogramm analog dem schon in Ostdeutschland geltenden. Betroffen ist der gesamte Infrastrukturbereich vom Straßen- über den Hafen- und Kraftwerksbau bis hin zur Versorgung mit Breitbandanschlüssen.
- Vereinfachung von Genehmigungsverfahren.
- Verstetigung der Finanzmittel für die Infrastruktur.
- Entlastung von Verkehrsengpässen und Knotenpunkten nach nationaler Notwendigkeit und nicht nach Länder- oder Regionalproporz.
- Ernst machen mit dem Abbau der Bürokratie. Streichung von zwanzig Prozent aller Gesetze und Verordnungen auf Bundes- wie auf Länderebene innerhalb der nächsten Legislaturperiode.

Verantwortlich:

Hans Jochen Henke, Generalsekretär

Dr. Rainer Gerding, Bundesgeschäftsführer



Wirtschaftsrat der CDU e.V.

**Bundesgeschäftsstelle**

Luisenstraße 44, 10117 Berlin

Telefon: 0 30 / 2 40 87 - 200

Telefax: 0 30 / 2 40 87 - 205

Internet: [www.wirtschaftsrat.de](http://www.wirtschaftsrat.de)

Email: [info@wirtschaftsrat.de](mailto:info@wirtschaftsrat.de)